

Medienmitteilung der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel
22. Februar 2017

Genf regularisiert Hunderte Sans-Papiers – mit Appell an Basel

Mit der „Operation Papyrus“ hat der Kanton Genf in Absprache mit dem Staatssekretariat für Migration bereits 590 Sans-Papiers eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung ausgestellt. Der liberale Sicherheitsdirektor des Stadtkantons, Pierre Maudet, ruft auch andere urbane Zentren, darunter Basel, zum Handeln auf.

Gestern wurde an einer Medienkonferenz bekannt gegeben, dass der Kanton Genf seit 2015 an der „Operation Papyrus“ arbeitet. Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, Interessensvertretungen und dem Staatssekretariat für Migration wurde ein Plan ausgearbeitet, um die Situation der Tausenden von Sans-Papiers, die in Genf leben, zu regularisieren. Bisher haben bereits 590 Sans-Papiers im Rahmen der Operation eine Aufenthaltsbewilligung erhalten.

Anwendung der Härtefallregelung

Genutzt wird dafür die Härtefallregelung im bestehenden Ausländergesetz, die bereits bei ihrer Einführung in diesem Sinne gedacht war. In den vergangenen Jahren wurde deren Anwendungsbereich jedoch massiv eingeschränkt, so dass sie heute von vielen Kantonen nur noch in äusserst schwerwiegenden Fällen oder gar nicht angewandt wird.

Neu ist die transparentere Anwendung der Regelung. Während die kantonalen Migrationsämter ihren Ermessensspielraum bisher sehr undurchschaubar und mit grossen Unterschieden genutzt haben, hat der Kanton Genf nun klare und transparente Kriterien dafür definiert, wann jemand ein Härtefall ist. Mit der „Operation Papyrus“ hat der liberale Sicherheitsdirektor von Genf, Pierre Maudet, gezeigt, dass durchaus Lösungen in der Frage der Regularisierung von Sans-Papiers möglich sind.

Appell an Basel

So appellierte er auch an andere urbane Zentren wie Basel, Bern oder Zürich, in denen viele Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung leben, sich der Sache anzunehmen und zu handeln. Beim Genfer Vorstoss zeigt sich aber durchaus auch, dass der Kanton und die Interessensorganisationen schon einiges an Vorarbeit geleistet haben – beispielsweise die Möglichkeit, risikolos Sozialabgaben zu bezahlen, auch wenn man ohne Bewilligung arbeitet.

In der Folge der Härtefall-Kampagne „Nicht ohne unsere Freund*innen!“ und der in dieser mit Biegen und Brechen durchgebrachten Härtefälle, hat auch Basel-Stadt Veränderungen in der kantonalen Härtefallpraxis angekündigt. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers sucht nach wie vor das Gespräch mit dem Migrationsamt und dem Justiz- und Sicherheitsdepartement, um über die anstehenden Veränderungen zu sprechen und Klarheit diesbezüglich zu schaffen.

Weitere Informationen bei der Anlaufstelle für Sans-Papiers, Fabrice Mangold, basel@sans-papiers.ch, 061 681 38 86, 079 587 49 59.